

Argumente zur politischen Lage

Die Hauptabteilung Politik der CDU-Bundesgeschäftsstelle hat nachfolgend Fakten und Argumente zu den aktuellen Themen für die politische Diskussion und für die Ausarbeitung von Reden zusammengestellt.

Ablenkungs- manöver der SPD-Regierung

„Mehr Demokratie wagen“ — „Modell Deutschland“: Das war der umfassende Anspruch, mit dem die von der SPD geführten Regierungen angetreten sind.

Die derzeitige Regierung hört natürlich besonders ungern, wenn ihr jemand widerspricht oder gar feststellt, wie weit inzwischen die Lücke zwischen den Ansprüchen und der Wirklichkeit klafft. Selbst wenn diese Regierung — unwillig und oft viel zu spät — einmal bereit ist, Mängel zuzugeben, geschieht das noch mit der Arroganz des Besserwissers. Dem Kritiker wird einfach unterstellt, er habe ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit. Der Opposition wird Angst- und Panikmache vorgeworfen, da der Regierung sachliche Gegenargumente fehlen. Auch der Bürger kommt nicht besser weg. Mit den Lebensbedingungen, die das Produkt einer neunjährigen SPD/FDP-Regierung sind, hat er gefälligst zufrieden zu sein.

Dringende Fragen zur Situation

In einer solchen Situation müssen einige Fragen erlaubt sein:

- Ist es denn normal, daß an jedem deutschen Flughafen schwer bewaffnete Sicherheitskräfte anzutreffen sind, daß eingehende Leibesvisitationen bei den Fluggästen erforderlich sind, um die Bürger vor terroristischen Überfällen zu schützen? Ist es denn normal, wenn Politiker bei öffentlichen Auftritten durch ein Massenaufgebot von Polizisten vor Attentaten geschützt werden müssen? Gehört die Angst vor dem Terror schon zu unseren alltäglichen Lebensbedingungen?
- Ist es denn normal, wenn die Staatsschulden sich innerhalb von sieben Jahren verdreifacht haben? In der Regierungserklärung von Willy Brandt 1969 war doch zu lesen: „Solidarität wird die Richtschnur unserer Finanzpolitik sein.“

● Ist es denn normal, daß wir seit vier Jahren eine Million Arbeitslose haben und kein Silberstreifen am Horizont sichtbar ist? Ist es normal, wenn eine Regierung offensichtlich bereit ist, sich mit der Arbeitslosigkeit als Dauerproblem abzufinden?

● Ist es denn normal, daß immer mehr junge Menschen sich von diesem Staat abwenden, weil er ihnen keine Chancen und keine beruflichen Perspektiven bietet? 1976 versprach die Regierung noch: „Wir wollen unserer Jugend die Türen öffnen und gute Chancen in Bildung und Beruf bieten.“

● Und schließlich: Ist es denn normal, daß ein Bundeskanzler die Rentner belügt und heute nichts mehr von dem wissen will, was er gestern noch hoch und heilig versichert hat?

Diese Fragen muß sich eine Regierung gefallen lassen, vor allem, wenn sie mit solch hohen Ansprüchen angetreten ist und so große Erwartungen geweckt hat.

Nicht an Mißstände gewöhnen

Vielleicht sagt der eine oder andere heute — nicht nur im Regierungslager —, daß man politische Erklärungen doch nicht auf die Goldwaage legen dürfe. Das wäre allerdings für eine Partei wie die SPD, die so tut, als habe sie die Moral gepachtet, ein äußerst seltsames Entlastungsargument. Außerdem: Ist nicht jemand, der so argumentiert, schon das Opfer der Gewöhnungstherapie der Regierung geworden? Wirkt da nicht schon das schleichende Gift der Diffamierung jeder Kritik?

Staat und Gesellschaft in Gefahr

Wer von Bedrohung in Gegenwart und Zukunft spricht, gilt vielen als unbequem. Er wird allzu schnell und allzu oft als Miesmacher und Angstmacher abqualifiziert. Vor offensichtlichen Gefahren die Augen zu verschließen — das ist keine Politik. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, die Krebsübel beim Namen zu nennen. Denn jedes dieser Krebsübel kann Staat und Gesellschaft schwerste Schäden zufügen. Ihr Zusammentreffen muß jedem verantwortungsbewußten Menschen zu größter Besorgnis Anlaß geben. Bürokratisierung, Bevölkerungsrückgang, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung sind die großen aktuellen und zukünftigen Gefahren. Wir sind ihnen aber nicht ohnmächtig ausgeliefert. Sie sind das Ergebnis einer falschen Politik und lassen sich durch eine richtige Politik erfolgreich bekämpfen.

Wachsende Bürokratisierung erstickt Initiative

Die Bürokratisierung ist keine plötzliche, gewaltsame Bedrohung einer freien Gesellschaft wie der Terrorismus. Allmählich legt sie die Gesellschaft in Fesseln, lähmt die Selbständigkeit und das Verantwortungsbewußtsein ihrer Bürger, erstickt Unternehmungsgeist und Risikobereitschaft. Die Bürokratisierung in unserem Land hat in den neun

Jahren SPD/FDP-Regierung ein Ausmaß erreicht, das ihre großen Gefahren für immer mehr Bürger immer deutlicher werden läßt.

— Die Erteilung einer Baugenehmigung erfordert die ganze Virtuosität der Bürokratiebewältigung. Waren nach Angaben des Deutschen Städtetages 1970 zur Erteilung einer Baugenehmigung 68 Vorschriften zu beachten, so sind es 1978 über 200, also dreimal soviel.

— Im Dschungel des Steuersystems finden sich selbst „Profis“ immer weniger zurecht: Allein zum Mehrwertsteuergesetz gibt es nicht weniger als 580 Erlasse, Verfügungen und klärende Schreiben. „Inzwischen hängen doch an jeder Baulatte und an jedem Kuhschwanz Paragraphen und Gebührenbescheide“, wie sich der Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes zu Recht beklagt.

— Die Auswüchse mancher kommunalen Neuordnungen sind bekannt. Der Fall „Lahn“, wo aus zwei gewachsenen traditionsreichen Städten ein synthetisches Kunstgebilde entstehen sollte, ist ein besonders herausragendes Beispiel.

— Unter der Last der Verordnungen und Zusatzleistungen für den Staat ächzen vor allem die mittelständischen Betriebe. Die Unternehmer werden zu Hilfsarbeitern für den Staat.

— Eine von Jahr zu Jahr größer werdende Lawine von Gesetzen rollt auf den Bürger zu. Ihr Nutzen ist in vielen Fällen mehr als fraglich. Seit 1969 hat sich die Zahl der Gesetze, Verordnungen und Rechtsverordnungen fast verdreifacht.

— Die bürokratischen Hürden schrecken all jene ab, die sonst vielleicht sich selbständig machen würden. So trocknet die Bürokratisierung den Mittelstand aus. Immer mehr Mittelständler kapitulieren vor der Vielzahl der Formulare, Bestimmungen, Verordnungen und Strafandrohungen.

— Die wachsende Flut der Gesetze und Auflagen blockiert die Investitionen. Der Investitionsstau wird auf mindestens 25 Milliarden DM geschätzt. Gelänge es, ihn aufzulösen, könnte eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze geschaffen werden.

— Der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt wird immer größer. Er wuchs zwischen 1969 und 1977 von 37,9 auf 47,3 %. Die Steuerlast wird zur Leistungsbremse.

Die CDU hat das Konzept gegen Bürokratisierung

Außer gelegentlichen Geständnissen des Bundeskanzlers, daß er selbst seine Wasserrechnung nicht mehr entziffern könne, hat der Bürger von dieser Regierung nichts zu erwarten. Es ist ja auch schwierig für eine Partei wie die SPD, die immer ein gespaltenes Verhältnis zur Marktwirtschaft hatte und statt dessen ihr Heil in „mehr Staat“ suchte

und sucht, sich ausgerechnet etwas gegen die Bürokratie einfallen zu lassen. Die CDU dagegen kann auf ihre bewährten ordnungspolitischen Prinzipien verweisen: Dezentralisierung, Wettbewerb, Vertrauen in den Bürger statt bürokratischer Kontrollen. Diese Prinzipien waren die Grundlage für die erfolgreiche Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards. Sie sind auch die Richtschnur für die dringend notwendige Offensive gegen die Bürokratisierung. In den einzelnen Bereichen, in denen eine Entbürokratisierung Erfolge verspricht, wie Gesetzgebung, Kommunalverwaltung, Steuerwesen, hat die CDU konstruktive Vorschläge gemacht. Sie hat darauf hingewiesen, daß das gegenwärtige Steuerprogramm der Regierung durch den Verzicht auf Steuervereinfachung am Problem vorbeigeht. Die Vermeidung von unnötigem Aufwand bei der Steuererklärung, die Vermeidung von Ungewißheit ist für den Bürger beinahe ebenso wichtig wie die Höhe der Steuern selbst.

Rückläufige Bevölkerungs- entwicklung — Gefahr für die Zukunft

In der Bedeutung heruntergespielt wird von der Regierung auch die Gefahr, die von der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung droht. Die CDU hat frühzeitig auf diese Gefahr hingewiesen. Es handelt sich dabei zum Teil um langfristige Probleme, weil die Auswirkungen vergangener und gegenwärtiger Versäumnisse erst in der Zukunft voll spürbar werden. Die Betroffenen sind aber wir selbst und die nachfolgende Generation.

Die Bundesrepublik ist zur Zeit das Land mit der niedrigsten Geburtenziffer. Von 1964 bis heute hat sich die Zahl der lebendgeborenen Kinder in der Bundesrepublik Deutschland auf fast die Hälfte verringert. Der Geburtenrückgang, zunächst als vorübergehende Erscheinung eingestuft, dauert inzwischen schon über zehn Jahre an und verläuft seit Ende der 60er Jahre dramatisch. Die langfristige Folge ist eine Überalterung der Bevölkerung: Der Anteil der Erwerbsbevölkerung nimmt laufend ab. Bei einem weiter rückläufigen Trend wird in Zukunft eine relativ kleine Anzahl von Erwerbstätigen einer relativ großen Zahl älterer Mitbürger die soziale Sicherheit garantieren müssen. Dem Generationenvertrag, der doch auf einer ausgewogenen Belastung der Generationen aufbaut, werden so die sozialen und ethischen Grundlagen entzogen.

Die soziale Sicherheit ist bedroht

Nach Schätzungen des statistischen Bundesamtes werden im Jahre 2030 voraussichtlich 60 Rentner auf 100 Erwerbspersonen kommen. Während heute drei Beitragszahler die Rente für einen Rentner verdienen müssen, werden also im Jahre 2030 zwei Beitragszahler mehr als einen Rentner tragen müssen. Sollte sich die Geburtenrate nicht stabilisieren lassen, so kann es sogar dazu kommen, daß fünf

Beitragszahler die Rente für vier Rentner verdienen müssen. Wenn die Renten nicht gekürzt werden sollen, drohen enorme Beitragsanhebungen in der Rentenversicherung von gegenwärtig 18 % auf 29 % im Jahre 2030, im ungünstigsten Fall sogar bis auf 39 %.

Die Ursache für den Geburtenrückgang ist vor allem darin zu sehen, daß der durchschnittlich verdienende Bürger in unserem Land heute zur Kenntnis nehmen muß, daß Kinderreichtum mit sozialem Abstieg identisch wurde. Heute kann sich ein durchschnittlich verdienender Arbeitnehmer ein drittes Kind nicht mehr leisten, wenn er nicht unter die Sozialhilfe-Schwelle abrutschen will. Hier zeigen sich die Versäumnisse einer Gesellschaftspolitik, die in den letzten Jahren ganz auf den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital fixiert war und die Familie darüber vernachlässigte.

Das CDU-Konzept für die Sozialpolitik

Die CDU ist nicht mit solchen ideologischen Scheuklappen behaftet. Sie hat mit der „Neuen Sozialen Frage“ eine Konzeption der Sozialpolitik entwickelt, die auch für die nichtorganisierten, nicht lautstarken Interessen Raum hat. Die CDU weiß: Wer heute den Familien die soziale Gerechtigkeit verweigert, lebt auf Kosten der jungen Generation und beutet schon heute die nach uns kommende Generation aus. Eine solche Politik, die es sich anfangs billig macht, wird später alle teuer zu stehen kommen.

Die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit

Der nächste Punkt ist die Arbeitslosigkeit. Sie ist nach wie vor die größte wirtschaftliche und soziale Herausforderung an Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Arbeitslosigkeit ist kein Schönheitsfehler, an den man sich gewöhnen kann, sondern ein Krebsübel.

Selbst wenn die Arbeitslosigkeit einmal kurzfristig unter die Milliongrenze sinkt, darf dies nicht den Blick trüben. So erschreckend das gesamte Ausmaß der Arbeitslosigkeit ist — noch erschreckender ist das menschliche Leid, das sich im einzelnen hinter den nüchternen Zahlen verbirgt.

Die Zahl der Arbeitslosen, die Ende Mai 1978 bereits ein Jahr oder länger arbeitslos waren, hat sich gegenüber dem Vorjahr um 18,4 % erhöht. Über 200 000 Menschen sind längerfristig arbeitslos mit allen Auswirkungen auf die finanzielle Situation (Absinken auf Arbeitslosenhilfe) und mit allen Auswirkungen auf das Selbstvertrauen bis hin zur Zerstörung der Persönlichkeit. Die Bundesanstalt für Arbeit plant ein psychisches Training für unter Depressionen leidende, mutlos gewordene Arbeitslose. Das sind die traurigen Symptome einer verfahrenen Situation. Viele haben schon begonnen, mit der Arbeitslosigkeit der anderen zu leben, sie nur noch zu verwalten — statt sie zu bekämpfen. Dies ist ein Skandal erster Ordnung!

Verschlechtert hat sich auch die Lage für Arbeitnehmer, deren Arbeitsfähigkeit gesundheitlich eingeschränkt ist. Ende Mai 1978 gab es 263 300 Arbeitslose mit derartigen Einschränkungen, 11 % mehr als im Vorjahr. In aller Deutlichkeit muß hier gesagt werden: Gesundheitlich eingeschränkte Arbeitnehmer gab es auch in Zeiten der CDU/CSU-Regierung — sie hatten aber einen Arbeitsplatz! Heute gehören sie zu den ersten Opfern der verfehlten Regierungs politik.

Zukunftschancen der nächsten Generation gefährdet

Bis in die 80er Jahre hinein wird die Zahl der deutschen Erwerbspersonen jährlich um rund 100 000 zunehmen. Die Zukunftschancen dieser Generation sind gefährdet, wenn es nicht gelingt, ihnen durch eine qualifizierte Ausbildung gute Startchancen auf dem Arbeitsmarkt zu geben.

Von einem Staat, der der Jugend keine Chancen gibt, wird sich die junge Generation abwenden. Wer hingegen die berufliche Zukunft und die persönliche Entwicklung der jungen Bürger sichert, erhält auch ihr Engagement im Bereich von Politik, Staat und Gesellschaft.

Die CDU hat dieses Problem erkannt und die Eröffnung von Zukunftschancen für die junge Generation zu einem Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit gemacht. Sie hat ein realistisches Programm zur Lösung all der Probleme aufgestellt, die durch die illusionäre Bildungspolitik der SPD/FDP-Regierung in Bund und Ländern heraufbeschworen wurden. Die verfehlte Bildungspolitik der Regierung hat zur Vernichtung vieler Zukunftschancen für die junge Generation geführt. Hier muß viel geschehen, um wieder zu besseren Ausbildungs- und Berufschancen für die Jugend zu kommen. Die CDU hat das Konzept.

CDU-Programm kontra falsche SPD-Wirt- schaftspolitik

Das Programm der CDU zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Belebung der Konjunktur liegt bereits seit langem auf dem Tisch. Wir brauchen eine Steigerung der Ertragskraft der Wirtschaft, wenn die Investitionen wieder überdurchschnittlich zunehmen sollen. Das neue Konjunkturprogramm der Bundesregierung bringt dazu wenig. Zur dringend benötigten Stärkung des Vertrauens in die Wirtschaftspolitik trägt es schon gar nichts bei. Oder soll etwa das Vertrauen der Unternehmer wachsen, wenn der Finanzminister erklärt, durch Staatsausgaben und Bürokratie Investitionslenkung betreiben zu wollen?

Die Staats- verschuldung wächst uns über den Kopf

Die Gefahren der Staatsverschuldung sind in der breiten Öffentlichkeit kaum erkannt. Auch hier trägt die Taktik der Regierung, Probleme zu verschleppen und zu verharmlosen, böse Früchte. Die Zahlen sind für den einzelnen Bürger zu gigantisch, als daß er daraus

die direkten Konsequenzen für sein Leben in der Zukunft ersehen könnte. Die Schuldenlast des Bundes steigt 1978 um fast 31 Milliarden DM. Was heißt es für den einzelnen, wenn der Staat in solchem Ausmaß auf Pump lebt?

Schon 1981 wird die Rückzahlung der Schulden fast ein Viertel der Steuereinnahmen aufzehren. Dieses Geld fehlt dann für wichtige Aufgaben. 1981 wird der Staat mehr zur Schuldentilgung ausgeben müssen als für die Verteidigung. Die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung — besonders wichtig für unsere Zukunft — werden sogar um das Viereinhalbfache übertroffen. Politische Prioritäten sind nicht mehr durchsetzbar, weil die Schuldenlast das Staatsschiff manövrierunfähig gemacht hat.

Die Neuverschuldung 1978 übersteigt zum dritten Male deutlich die Ausgaben des Staates für Investitionen. Es kann dem Bürger nicht gleichgültig sein, wofür der Staat Schulden macht.

Eine Regierung, die sich so verhält wie die jetzige, gleicht einem Hauseigentümer, der eine Hypothek aufnimmt und das Geld für den Konsum verwendet, statt es für den Ausbau des Hauses einzusetzen.

**Der politische
Stil der SPD:
Diffamierung
statt
Sachargumente**

Die Regierung meidet aus gutem Grund die sachliche Auseinandersetzung mit der Union. Sie versucht statt dessen, die wahren Probleme zu vernebeln und den Blick vom Versagen der Regierung abzulenken. In einer Diffamierungskampagne soll die Union in die rechte Ecke abgedrängt werden. Eine Unionsregierung wird als „Sicherheitsrisiko“ hingestellt (so das üble Wort von Willy Brandt).

Dies sind die Ziele der einäugigen und pharisäerhaften „Vergangenheitsbewältigung“, die besonders von der SPD betrieben wird. Die dunklen Kapitel der deutschen Vergangenheit werden einseitig zur Verunglimpfung des politischen Gegners ausgeschlachtet, nach dem Muster: Wer als NSDAP-Mitglied nach 1945 den Weg zur SPD fand, ist als Geläuterter für immer tabu; wer aber nach Kriegsende in anderen demokratischen Parteien tätig wurde, sitzt als Unbelehrbarer für immer auf der nationalen Anklagebank.

Dieser politische Stil ist eine Bedrohung für unsere Demokratie, eine Bedrohung für den inneren Frieden in unserem Land. Der Bundespräsident hat zu Recht von einer Verrohung der politischen Sitten gewarnt. Die Union wird sich nicht auf dieses Niveau hinunterziehen lassen. Sie wird nicht ihrerseits die Assistenten in die Archive schicken.

Die Angst vor dem Machtverlust treibt die SPD zu verzweifelten Aktionen. So wird zur Zeit versucht, in der Öffentlichkeit ein

dramatisches Bild wachsender rechtsextremistischer und neonazistischer Aktivitäten zu zeichnen. Und natürlich wird die SPD dabei als die einzige politische Kraft herausgestellt, die dieser Umtriebe Herr werden könne. Die CDU wird als dazu unfähig bezeichnet. Damit soll doch nur vom Versagen der Regierung bei der Bekämpfung des linken Terrors abgelenkt werden.

**Die Bedrohung
unserer
Gesellschafts-
ordnung
kommt von links**

Aber die CDU braucht sich von der SPD keine Lektionen im Umgang mit demokratiefeindlichen radikalen Gruppen erteilen zu lassen. Im Unterschied zur SPD ist sie nicht auf einem Auge blind. Wo durch rechtsradikale Kräfte Gefahr für die öffentliche Sicherheit droht, wie bei den NPD-Demonstrationen in Frankfurt, hat die CDU sich mit Entschlossenheit für ein Verbot solcher Veranstaltungen eingesetzt. Im Gegensatz zur SPD sagt sie aber klar, woher heute die wirkliche Gefahr droht: Die Welle des Terrorismus kommt von links.

**Die SPD/FDP-
Regierung
hat versagt**

Die Ablenkungsmanöver der Regierung gehen davon aus, daß der Bürger dieses Spiel nicht durchschaut. Eine Million Arbeitslose, ein verschuldeter Staat, eine wuchernde Bürokratie lassen sich aber nicht durch Diffamierungskampagnen hinwegreden. Die Union stellt diese Regierung, die in den wichtigsten Bereichen versagt, zur Rede. Denn diese Regierung ist verbraucht. Sie muß abgelöst werden.